



BUND
Naturschutz
in Bayern e.V.

Landesverband Bayern
des Bundes für Umwelt-
und Naturschutz
Deutschland e.V.

Ansprache des Landesvorsitzenden Hubert Weiger Delegiertenversammlung 2016 in Deggendorf

Aufbruchsstimmung für Klimaschutz, Bewahrung von Heimatlandschaft und mehr Artenvielfalt in Bayern

Liebe Delegierte,
sehr geehrte Damen und Herren,
unsere diesjährige Delegiertenversammlung in Deggendorf steht ganz im Zeichen des Einsatzes für eine ökologische Energiewende und für die Sicherung der Lebensraum- und Artenvielfalt in unserem Land. Vor wenigen Tagen, am 26. April, haben wir in Bamberg bei unserem Tschernobyl- und Fukushima-Denkmal, der ‚Auf dem Rücken liegenden Schildkröte‘, welche wir vor genau fünf Jahren dort aufgestellt haben, zum 30. Jahrestag von Tschernobyl und zum fünften Jahrestag von Fukushima an die Hunderttausende Opfer dieser Atomkatastrophen und an das unermessliche Leid für viele davon betroffenen Menschen gedacht, welche diese Katastrophen dauerhaft verursacht haben. Am Sonntag waren wir gemeinsam mit den WAA-Kämpfern Altlandrat. Hans Schuierer, Pfarrer Leo Feichtmeier, Arnold Kimmerl und vielen anderen am Franziskus Marterl bei Wackersdorf, um dem erfolgreichen Widerstand gegen die WAA vor 30 Jahren zu gedenken. Eingebettet waren diese Veranstaltungen in die beiden Demonstrationen vor den Atomkraftwerken Isar II und Gundremmingen, eine Vielzahl von Mahnwachen und Gedenkveranstaltungen an zahlreichen Orten Bayerns und Deutschlands sowie unserem Solidaritätsbesuch im März bei unserer Partnerorganisation Friends of the Earth Japan in Verbindung mit dem 5. Jahrestag von Fukushima.

Prof. Dr. Hubert Weiger
1. Vorsitzender

Bauernfeindstr. 23
90471 Nürnberg
Tel. 09 11/81 87 8-10
Fax 09 11/86 95 68

hubert.weiger
@bund-naturschutz.de
www.bund-naturschutz.de

Deggendorf, 30. April 2016

Energiewende und Ausstieg aus der Atomkraft

Im Gedenken an die hunderttausenden Opfer dieser beiden Atomkatastrophen, an das inhumane Verhalten der Verantwortlichen gegenüber der betroffenen Bevölkerung, an den Zynismus der Entschädigungszahlungen, an das Fortbestehen der Gefahr weiterer atomarer Katastrophen fordern wir den sofortigen Ausstieg aus dieser nicht beherrschbaren und lebensfeindlichen Technologie, die eine permanente Kriegserklärung an das Leben darstellt. Und deshalb kämpfen wir für eine Bürgerenergiegewende mit ökologischen und sozialen Leitplanken, für eine drastische Verringerung der Energieverbräuche, für Energieeffizienz und für den Ausbau der erneuerbaren Energien Sonne und Wind an planerisch ausgewählten Standorten unter Beachtung ökologischer, aber auch kulturell ästhetischer Belange. Unser Ja zu dieser Energiewende ist eine zwingende Konsequenz des geforderten Sofortausstiegs aus der Nutzung der Atomenergie und des möglichst raschen Ausstiegs aus der Nutzung fossiler Energieträger, vor allem der Braunkohle, welche das Klima mit am stärksten gefährdet.

Wir haben diese Position in vielen Jahren gemeinsam mit unseren Basisgruppen erarbeitet, diskutiert und demokratisch mit großen Mehrheiten beschlossen. Wir lehnen deshalb Positionen sogenannter Naturschutzverbände mit der totalen Ablehnung der **Windkraft** genauso ab, wie die willkürlich festgelegte 10H-Regelung der bayerischen Staatsregierung, mit der Standorte für Windkraftanlagen auf ein Minimum reduziert und Konflikte mit dem Naturschutz maximiert werden.

Wir haben diese Positionen ohne finanzielle Verbindung mit Anlagenbauer beschlossen, weil wir Öko-Sponsoring konsequent ablehnen. Ich bin stolz darauf, dass diese Delegiertenversammlung hierzu schon vor Jahren diesen Kurs des Landesvorstandes mit klaren Beschlüssen bestätigt hat.

Wir setzen uns aus Überzeugung für eine Bürgerenergiebewegung mit ökologischen Leitplanken ein, weil für uns die Ablehnung von Atom- und Kohlestrom nicht ein Lippenbekenntnis ist, sondern zwingende Notwendigkeit aus Achtung vor der Menschenwürde und als zwingende Maßnahme des Klimaschutzes. Wir wissen aber, dass gegen diese Positionen von der alten Energiewirtschaft und ihren Verbänden, von der Europäischen Kommission sowie von Teilen der Unionsparteien, der FDP und vor allem der AFD auf vielen Ebenen gearbeitet wird, weil die Bürgerenergie gerade auch in Bayern als dem Zentrum der Energiegenossenschaften so erfolgreich ist und über 50% des erneuerbar erzeugten Stroms von diesen stammen. Deshalb müssen wir für die Sicherung der Bürgerenergie bei der Novelle des **erneuerbaren Energiengesetzes** massiv eintreten, um einen drohenden Roll-Back zu verhindern. Der geplante neue Finanzierungsmechanismus – Ausschreibungen für Erneuerbare – konterkariert dieses Erfolgsmodell. Wir setzen uns dafür ein, dass kleine Akteure als zentrale Säule der Energiewende wieder gestärkt werden. Und wir werden es nicht zulassen, dass engagierte Bürger wegen ihres Einsatzes für Bürgerenergie diffamiert werden. Der Ausbau erneuerbarer Energien wird zum Beispiel bei der Windkraft natürlich zu Veränderungen des Landschaftsbildes und zu Eingriffen in die Natur führen. Der Ausbau muss deshalb zwingend verknüpft werden mit folgenden Leitplanken:

- Wir brauchen eine sorgfältig umfassende Standortprüfung, die natürlich nicht durch die Projektierer sondern durch Genehmigungsbehörden erfolgen muss. Wir brauchen klare raumplanerische und naturschutzfachliche Rahmenbedingungen inklusive konkreter Energie- und Flächenszenarien, die auch eingehalten werden.
- Bei der Nutzung der Biomasse sind vorrangig Reststoffe aus der Land- und Holzwirtschaft oder Abfallstoffe aus den Kommunen zu verwenden.
- Photovoltaik soll primär auf und an Gebäuden errichtet werden.
- Bei der Windenergie sind im Durchschnitt 2% (1-3%) der Fläche der Regierungsbezirke oder Landkreise mittels eines transparenten Beteiligungsverfahrens als Vorranggebiete auszuweisen und regionalplanerisch zu sichern. Dabei sind Naturschutzvorranggebiete wie Natura2000 Flächen, Naturschutzgebiete, Nationalparke und Kern- und Pflegezonen von Biosphärenreservaten auszunehmen. Im Ausnahmefall können nach besonders sorgfältigen Standortprüfungen auch Eingriffe in Landschaftsschutzgebiete und Wälder hingenommen werden.
- Bestimmte Abstände zu Vorkommen besonders bedrohter und windkraftsensibler Arten sind im Einzelfall gutachterlich im Genehmigungsverfahren zu prüfen.
- Die Potenziale der Wasserkraft sind weitestgehend ausgeschöpft, weshalb die Erhaltung natürlicher und naturnaher Fließgewässer oder die Renaturierung verbauter Gewässer Vorrang vor der Wasserkraftnutzung hat.
- Mehr Naturschutz hilft dem Klimaschutz, da z.B. Moore, alte Wälder oder die für viele Arten wichtigen extensiven Nutzungsformen eine Kohlenstoffsенke darstellen bzw. Energieverbrauch und Treibhausgase vermeiden. Die Mittelausstattung des Naturschutzes ist in den nächsten zehn Jahren um das Fünffache zu erhöhen.
- Wir fordern Zukunftsinvestitionen in den Schutz der Biodiversität wie in erneuerbaren Energien - diese sind weit günstiger als die volkswirtschaftlichen Schäden, die ohne sie entstehen würden.
- Wir fordern die Umsetzung eines rechtsverbindlichen „Bundesnetzplan Biotopverbund“. Dieser muss den Aufbau einer länderübergreifenden Grünen Infrastruktur beinhalten, die aus einem nationalen Biotopverbundsystem mit breiten Korridoren auch für klimabedingte Austausch und Wandernotwendigkeiten in der Agrarlandschaft und im Wald sowie entlang der Flüsse und in Auen besteht.
- Es muss eine Umkehr bezüglich der Ersatzgeldzahlungen bei Eingriffen in die Natur erfolgen: Der BUND Naturschutz fordert regions- und artspezifische echte Realkompensation in der Fläche vor Ort anstelle von nicht mit dem Eingriff in Verbindung stehenden Ausgleichszahlungen, die auch für viele andere fragwürdige Zwecke verwendet werden.
- Um Auswirkungen auf das Landschaftsbild auszugleichen, um eine der wichtigsten Ursachen des Stromtods von Vögeln abzustellen und um gesundheitliche Gefähr-

dungen zu minimieren, fordern wir nach der von den Energieunternehmen schon begonnenen Verkabelung des Niederspannungsbereichs auch die weitere Erdverkabelung aller bestehenden Freileitungen in Bayern und den Rückbau nicht mehr benötigter Leitungen. Diese Erdverkabelung sollte bodenschonend entlang bestehender technischer Infrastruktur erfolgen und in für das Landschaftsbild besonders prägnanten Räumen, in oder an Siedlungen und im Umfeld von Windkraftparks vorrangig beginnen.

Pariser Klimaschutzabkommen ernsthaft umsetzen

Die Energiewende ist auch aus Klimaschutzgründen eine Notwendigkeit. Das Klimaschutzabkommen, das vor etwas mehr als einer Woche in New York unterzeichnet wurde, ist ein Instrument das den Klimaschutz stärkt und zu mehr Tempo beim Klimaschutz motiviert. Dennoch ist es keine Garantie zur Begrenzung der Erderwärmung und es befreit die Welt nicht von ihrer Abhängigkeit von Atom, Kohle, Öl und Gas. Es beinhaltet keine ausreichenden Antworten, um die Klimaerwärmung in den Griff zu bekommen. Gelingt es der Weltgemeinschaft nicht, die Erderwärmung unter 1,5 Grad zu halten, erweist sich der Pariser Klimaschutzvertrag schon bald als Schimäre. Die schwachen Absichtserklärungen zum Klimaschutz sind nicht mehr als eine unsichere Wette auf die Zukunft. Das Pariser Klimaversprechen an kommende Generationen muss noch mit Leben erfüllt werden. Die Umsetzung des Abkommens beginnt in den einzelnen Nationen. Diese müssen den Vertrag ratifizieren und vor Ort dafür sorgen, dass die Emissionen nicht weiter steigen, sondern zurückgehen. Für Deutschland bedeutet das, klimaschädliche Gesetzesvorhaben zu revidieren und ein Kohleausstiegsgesetz auf den Weg zu bringen.

Wir begrüßen daher auch den Vorstoß von Bundesumweltministerin Barbara Hendricks zur Klimakonferenz in Paris, Klimawandel als Fluchtursache anzuerkennen, wie wir es schon vor Jahren gefordert haben. Um die Flüchtlingsproblematik zu lösen, müssen wir unter anderem auch den Klimawandel auf ein möglichst geringes Maß begrenzen.

Eine gerechtere Welt

Nur zwei Wochen vor Beginn der Klimakonferenz haben eine Reihe brutalster terroristischer Anschläge in Paris und später die Anschläge von Brüssel die Welt verändert und uns alle tief erschüttert. Dass der Terror in die Mitte Europas vorgerückt ist, macht ihn nicht schlimmer, aber realer. Menschen, die diesem entkommen wollen, brauchen unsere Solidarität und unseren Schutz. Jetzt die Grenzen der Europäischen Union zu schließen, die Bewegungsfreiheit einzuschränken oder die freiheitlichen Grundrechte unserer Gesellschaften in Frage zu stellen, wird weder die Sicherheit erhöhen noch die Ursachen der Gewalt beseitigen. Es ist deshalb wichtig, dass gerade auch wir als große Natur- und Umweltschutzorganisation verdeutlichen, dass es notwendiger denn je ist, durch eine nachhaltige Wirtschaftspolitik, eine faire Handelspolitik, die Achtung vor anderen Regionen der Welt und durch die Toleranz gegenüber anderen Religionen auch zu einer gerechteren Welt zu kommen. Das heißt, wir müssen die Ursachen von Flucht, Vertreibung und Terrorismus beseitigen, deren Bekämpfung häufig auch ein Teil unserer Kernaktivitäten sind. Dazu gehört auch unser ungebrochener Einsatz gegen TTIP und CETA. Die eindrucksvolle Demonstration am vergangenen Samstag in Hannover, bei der mit 90.000 Menschen weit mehr teilnahmen als erwartet, zeigt, dass wir in unserem Einsatz auf breiten Rückhalt in der Bevölkerung zählen können.

Der BN-Landesvorstand und der Landesbeirat haben daher auch eine **Position zu den „Auswirkungen der Migration** in Deutschland auf die Natur- und Umweltschutzarbeit“ beschlossen, in der wir unmissverständlich klarstellen, dass wir jeden Versuch ablehnen, das Grundrecht auf Asyl und das Recht auf Menschenwürde der Geflüchteten mit dem Hinweis auf Natur- und Umweltschutz einzuschränken. Stattdessen müssen wir unsere Aktivitäten für den Klimaschutz, den Atomausstieg und die Energiewende, für einen gerechteren Welthandel, der den Flüchtlingen ein menschenwürdiges Leben in ihrer Heimat ermöglicht, für eine andere Agrarpolitik und Landwirtschaft, die nicht durch Futtermittelimporte oder subventionierte Lebensmittelexporte die Nahrungsgrundlagen in anderen Ländern zerstört, auch zur Bekämpfung von Fluchtursachen fortsetzen.

Ökolandbau und Milchpreispolitik

Unsere Landwirtschaft muss ökologischer werden. Auch das ist ein Beitrag zum Klimaschutz. Aber wir brauchen auch mehr Bio, weil das unsere Ressourcen und unsere Artenvielfalt schützt. Deshalb haben wir auch den Pakt für den ökologischen Landbau der Staatsregierung mitunterzeichnet, in der sich die Staatsregierung das Ziel setzt, die Öko-Produktion bis 2020 zu verdoppeln. Dies ist eine große Chance für den Durchbruch des Ökolandbaus in Bayern. Wir müssen dieses Zeitfenster nutzen und unseren Einsatz für die Steigerung der Nachfrage zu einem zentralen Element unseres Engagements machen. Gerade im städtischen Bereich sind dafür Aktionen nötig.

Ebenso müssen wir uns einsetzen für den Kampf gegen das Preisdumping und dessen Vorreitern Aldi, Lidl und Co. Noch gibt es in Bayern etwa 36.000 Betriebe, die Milchvieh halten, das ist etwa ein Drittel der noch 110.000 landwirtschaftlichen Betriebe. Doch es werden immer weniger. Zu schaffen machen den Milchbauern die stark schwankenden und in der Tendenz zurückgehenden Erzeugerpreise. Sie sind ein Ergebnis der falschen Politik vieler bayerischer EU-Abgeordneter, des Bauernverbandes und der staatlicher Beratung und Förderung, welche auf Produktionsausweitung und Weltmarktorientierung gesetzt und die Milchmengenkontingentierung abgeschafft hat.

Wir fordern deshalb:

- eine Reduzierung der erzeugten Milchmenge über eine bedarfsgerechte Milchmengensteuerung. Es darf nicht den Molkereien überlassen werden, ihre Menge selbst zu steuern, da sie an der Verfügbarkeit von billiger Milch interessiert sind.
- Nutzung der auf EU-Ebene 2015 angesparten knapp 900 Millionen Euro, die aus den „Strafzahlungen“ der Betriebe stammen, die im letzten Quotenjahr 2015 Übermengen an Milch geliefert hatten.
Diese Gelder sollen als Bonus für diejenigen Milcherzeuger bereitgestellt werden, die ihre Milchmenge kurzfristig um mehrere Prozent reduzieren.
- Beratungsinitiative für Milchviehbetriebe
- Agrarsubventionen müssen gesellschaftliche Leistungen berücksichtigen. Eine reine Verteilung nach der Fläche ist nicht akzeptabel.
- Bereitstellung von Finanzmitteln für das Bayerische Kulturlandschafts- und Vertragsnaturschutzprogramm, um die Weideprämie und Heumilchprogramme wieder anzubieten und extensivere Nutzungsformen der bäuerlichen Landwirtschaft zu unterstützen.

Flächendeckender ökologischer Hochwasserschutz

Der natürliche Hochwasserschutz muss mit mindestens dem gleichen Mittel- und Personaleinsatz verfolgt werden, wie aktuell die Planung von Flutpoldern. Der flächendeckende natürliche Hochwasserschutz muss zur „größten Baustelle Bayerns“ werden, die – anders als andere Großprojekte – von der weit überwiegenden Mehrheit der bayerischen Bevölkerung auch akzeptiert würde.

Wir müssen alle Potenziale für die Rückgewinnung von Auen und für einen natürlichen und dezentralen Hochwasserschutz nutzen.

Einer, der uns vormacht, wie es geht ist der **Biber**. In diesem Jahr feiert die Art und der BN ein Jubiläum: vor 50 Jahren - 1966 - begann der BN initiiert durch unseren langjährigen Vorsitzenden Hubert Weinzierl mit Maßnahmen zur Wiedereinbürgerung der Biber in Bayern. Später ab 1968 erfolgten die ersten Aussetzungen, die vor allem auch unser langjähriger Landesgeschäftsführer Helmut Steininger mit auf den Weg brachte. Biber sind unsere wichtigsten Verbündeten, um – neben dem Hochwasserschutz - den fortschreitenden Verlust bedrohter Tier- und Pflanzenarten zu verhindern. Keine zweite Tierart schafft an Gewässern und in Auen anderen Pflanzen und Tierarten so viel Lebensraum. Vom Biber angelegte Feuchtgebiete sind wesentlich artenreicher und kostengünstiger als jedes vom Menschen angelegte Biotop. In Zeiten der Klimaveränderung ist der Wasserrückhalt durch den Biber ebenfalls unverzichtbar.

Wir brauchen deshalb:

- Integration und Neuschaffung von Biberüberschwemmungsgebieten in jeder bayerischen Gemeinde, um bereits an den Oberläufen der Gewässer die dezentrale Hochwasserrückhaltung zu gewährleisten,
- Ungenutzte Pufferstreifen an allen Fließgewässern,
- Umfassende Renaturierung von Talauen.
- Aufstockung des Biberfonds mittelfristig auf ca. 800.000 €.
- Strikt am Naturschutzrecht ausgerichtete Anwendung der Ausnahmeregelung für die "Entnahme" (meist gleichbedeutend mit Tötung) von Bibern, die oft zu großzügig gehandhabt wird.

Ein weiteres Element des dezentralen Hochwasserschutzes sind ungenutzte und naturnah bewirtschaftete **Wälder**, weil ein intakter Waldboden der effektivste Wasserrückhalt unter allen Bodenformen ist. Das von uns vorgelegte Naturwaldkonzept für ganz Bayern ist ein zentraler konzeptioneller Beitrag dazu.

Unsere Treffen mit dem neuen Vorstandsvorsitzenden der Bayerischen Staatsforsten Martin Neumeyer geben durchaus zu der Hoffnung Anlass, dass die Staatsforsten künftig Gemeinwohlleistungen stärker gewichten. Es gibt Angebote für mehr Transparenz, Offenheit und Zusammenarbeit bzw. gemeinsame Diskussionen auch bei strittigen Themen. Zuletzt hatten wir im Spessart bei einem gemeinsamen Waldbegang die Waldbewirtschaftung im Staatswald diskutiert. Aus dem Spessart kamen zuletzt auch wenig erfreuliche Bilder von Großkahlschlägen in Großprivatwald, die wir bei Presseterminen angeprangert haben. Unser herzlicher Dank geht an die Aktiven im Spessart vor Ort für die hervorragende Recherche (Michael Kunkel) und die gute Zusammenarbeit. Neben dem notwendigen Engagement für mehr Naturwälder werden wir als BN deshalb, wie in der Vergangenheit, auch künftig eine Definition der guten fachlichen Praxis im Forst mit Brutzeitschutz und Kahlschlagsverbot fordern.

Wildkatze

Die Wildkatze ist zurück in Südbayern! Anfang dieses Jahres konnten wir zusammen mit dem Landwirtschaftsministerium die Ergebnisse des Lockstockprojektes für Südbayern vorstellen und es hat sich gezeigt: Die Wildkatze breitet sich von Nordbayern kommend allmählich auch in Südbayern, insbesondere in Schwaben, aus.

Die Wildkatze zurück in Bayern – das ist Beispiel für die gelungene Wiedereinbürgerung einer ausgerotteten Art und ein Lehrstück dafür, dass die Wiedereinbürgerung einer ausgerotteten Art nur durch den Dreiklang von Naturschutz, Staat und modernen Erfassungsmethoden gelingen kann. Bei der Wildkatze kommt noch ein weiterer wesentlicher „Player“ hinzu: Ein überwältigend großes ehrenamtliches Engagement, ohne das wir heute viel weniger über die Verbreitung unserer heimlichen Mitbewohnerin wüssten. Herzlichen Dank dafür!

Das Projekt „Wildkatze“ ist eines der größten Citizen-Science-Projekte Deutschlands geworden. 2013 hofften wir, dass wir vielleicht 20 Wildkatzenliebhaber finden könnten, die im Winter Lockstöcke betreuen würden. Wir wurden eines besseren belehrt: Wir gehen davon aus, dass in den letzten 3 Projektjahren ca. 700 Menschen bereit waren, Lockstöcke zu kontrollieren.

Grünes Band

Das Grüne Band ist das größte und bekannteste Naturschutzprojekt Deutschlands – initiiert vom BN. Gestern, am 29. April startete nun endlich das Ländergrenzen überschreitende Naturschutzgroßprojekt „Grünes Band Rodachtal – Lange Berge – Steinachtal“ zwischen Bayern und Thüringen im Rahmen einer großen Auftaktveranstaltung unter Beteiligung des Bundesumweltministeriums, des Bundesamtes für Naturschutz und den beiden Ländern (Anja Siegesmund, Thüringer Umweltministerin und Dr. Christian Barth, Amtschef Bay. Umweltministerium). Ein großer Erfolg für den BN/BUND! Denn seit dem Jahr 2002, als der BN/BUND die erste Bestandsaufnahme am Grünen Band fertiggestellt hatte, setzen wir uns für dieses Naturschutzgroßprojekt ein, das maßgeblich vom Bundesamt für Naturschutz

gefördert wird. Nun können nach den langjährigen Vorarbeiten dort die Naturschutzmaßnahmen zum Erhalt des Grünen Bandes bis 2026 realisiert werden. Das über 8.000 ha große Fördergebiet schließt bundesweit knapp ein Zehntel (126,5 km) des Grünen Bandes ein. Der BN/BUND unterstützen das Projekt finanziell und fachlich im dafür gegründeten Zweckverband.

Der jahrzehntelangen Hartnäckigkeit des BUND und gerade unseres Projektleiters Dr. Kai Frobels ist es zu verdanken, dass das Grüne Band in Thüringen als Nationales Naturmonument ausgewiesen werden soll. Entsprechende Vorarbeiten zusammen mit dem BUND Thüringen und dem thüringischen Umweltministerium laufen auf Hochtouren. Und einen großen Paukenschlag hat es vergangene Woche in Sachsen-Anhalt gegeben: auch hier hat sich der lange Atem des BUND gelohnt. Im erst wenige Tage alten Koalitionsvertrag der neuen schwarz-rot-grünen Landesregierung steht: „Wir weisen das Grüne Band als Nationales Naturmonument aus“. Zusätzlich hat Sachsen-Anhalt als erstes Bundesland eine unserer Kernforderungen zu einem Schutz des gesamten Grünen Bandes verankert: „Wir wollen die ehemalige innerdeutsche Grenze zu einem durchgängigen Grünen Band entwickeln“.

Setzen Thüringen und Sachsen-Anhalt diese neue Schutzkategorie am Grünen Band um, dann wären 80 % (1106 km) des Grünen Bandes unter strengem nationalem Schutz – ein riesiger Erfolg!

Nichtsdestotrotz gibt es noch 186 Kilometer Lücken (Ackerflächen, Intensivgrünland etc.) im Grünen Band und knapp ein Drittel Flächen, die sich in Privatbesitz befinden! Hier setzt unser „Lückenschluss“-Projekt an, das vom Bundesprogramm Biologische Vielfalt gefördert und von unserem Projektbüro Grünes Band in Nürnberg aus geleitet wird. Im vergangenen Jahr ist es gelungen, trotz der allgemein sehr schwierigen Situation knapp 30 Hektar Flächen zu erwerben und somit Lücken zu schließen.

Als erste „Modellgemeinde am Grünen Band Europa“ wurde vom BN die Gemeinde Haidmühle im Landkreis Freyung-Grafenau ausgezeichnet, medial umfassend begleitet. Am Grünen Band Bayern-Tschechien hat der BN bislang rund 50 Hektar überwiegend Moorflächen angekauft, gefördert durch das Klimaprogramm Bayern, die von der KR Freyung-Grafenau betreut werden. Als stellvertretender Vorstand des internationalen Grünes Band Europa Vereins übernimmt unser Projektbüro Grünes Band mit der Leiterin Dr. Liana Geidezis umfassende inhaltliche und organisatorische Aufgaben innerhalb dieser einzigartigen europäischen Initiative mit 24 beteiligten Staaten.

Luchs: Jagdszenen in Niederbayern

Im März wurde bekannt, dass ein im Dezember 2015 bei Schönberg im Straßengraben gefundener Luchs doch kein Verkehrsoffer ist, sondern dass er mit einem Draht erdrosselt wurde. Die Grafenauer Polizei hat die Ermittlungen aufgenommen. Dies ist ein weiterer Beleg für eine permanente illegale Verfolgung von Luchsen im Bayerischen Wald. Seit Jahren werden hier Luchse erschossen, vergiftet und verstümmelt. Diese Wilderei droht die kleine Luchspopulation im Bayerischen Wald nun tatsächlich ein zweites Mal auszurotten. Die erneute Tötung eines Luchses ist ein Tiefpunkt für den bayerischen Artenschutz: Wir brauchen umgehend eine eigene staatliche Sonderermittlungseinheit, um diesem barbarischen Treiben ein Ende zu setzen!

Wer hat die Mordserie an Luchsen im Bayerischen Wald begangen? Warum bleibt die Suche nach den Tätern erfolglos, obwohl es Hinweise gibt, dass diese zumindest teilweise bekannt sind? Diese Fragen bleiben seit Jahren unbeantwortet. Zwar engagiert sich die Polizei vor Ort - gerade auch aufgrund des Drucks durch die BN-Aktion "Stoppt die Wilderer, rettet den Luchs" - stärker als früher, was der BUND Naturschutz ausdrücklich begrüßt. Doch erfordern Artenschutzdelikte besondere Kenntnisse und Methoden, über die nur Spezialisten verfügen. Um die Wilderer endlich zu stoppen, braucht es eine unabhängige, spezialisierte und überregionale Sonderermittlungseinheit für Artenschutzdelikte in Bayern. Nur wenn die Täter gefasst werden, haben die Luchse eine Chance. Zudem bleibt die Arten-

schutzkriminalität über die Region Bayerischer Wald hinaus leider ein Dauerthema, da in ganz Bayern auch andere seltene und geschützte Tierarten wie zum Beispiel Fischotter und Greifvögel gewildert werden. Keiner der Täter wurde bisher ermittelt, sie fühlen sich sicher und machen immer weiter. Deswegen fordert der BN von der Staatsregierung endlich ein klares politisches Signal mit einer Absage an die grassierende Wilderei in diesem Land!

Deshalb appelliert der BUND Naturschutz mit einer Unterschriftenaktion an Ministerpräsident Horst Seehofer: Schaffen Sie eine Sonderermittlungseinheit gegen Wilderei, retten Sie das Leben unserer Luchse!

In wenigen Wochen wollen wir die derzeit 26.000 vom BN gesammelten Unterschriften übergeben – je mehr desto besser, denn umso größer wird der Druck zu handeln.

Helfen Sie uns, 30.000 Unterschriften zu erreichen! Bitte werben Sie die nächsten Tage nochmals gezielt in Ihren örtlichen BN Gruppen: Unterschreiben auch Sie für den Luchs in Bayern. Eine Liste zum Sammeln von Unterschriften finden Sie im nächsten Heft. Oder unterschreiben Sie online unter www.bund-naturschutz.de/rettet-den-luchs.

Donauausbau zwischen Straubing und Deggendorf

Hinsichtlich des Donauausbaus zwischen Straubing und Deggendorf sind wir auf einem guten Weg aus der Variante A eine ökologisierte Variante A+ zu machen. Es gibt Fortschritte in der Planung - auch dank des Einsatzes der Umweltverbände - wie zum Beispiel, dass nunmehr mehr als 60 % der Kolke in diesem Bereich erhalten werden können. Aber es gibt auch noch viel zu tun. So fordern wir im demnächst anstehenden Erörterungstermin, dass noch große ungenützte Potenziale erschlossen werden, wie die Uferentsteinung und die Abflachung von Ufern, die auch dem Hochwasserschutz dienen. Für das Planfeststellungsverfahren für den Ausbau zwischen Deggendorf und Vilshofen fordern wir, dass die Chance genutzt wird, durch die vermehrte Zugabe von Kies in die Isar unterhalb von Plattling das an der Isarmündung geplante Leitwerk überflüssig zu machen.

Den Erfolg im Kampf gegen den Donauausbau haben wir natürlich auch vor allem den Menschen aus dieser Region zu verdanken. Stellvertretend möchte ich hier herausheben den leider schon verstorbenen Herrn Hansjörg Gaggermeier, der die Voraussetzungen für das Naturschutzgebiet Isarmündung geschaffen hat, Ludwig Daas, Rudolf Fahrer, Hubert Stelzl, Dieter Scherf und Georg Kestel.

Flächenverbrauch

Ein zentraler Arbeitsschwerpunkt des vergangenen Jahres war die Umsetzung unserer Resolution der letzten Delegiertenversammlung zum Flächenverbrauch. Dieses Problem ist immer noch eine große Herausforderung, aber wir konnten schon einige Erfolge verbuchen. Durch gewonnene Bürgerbegehren konnten wir die Westumgehung Cadolzburg und das 15 Hektar große Gewerbegebiet „Moser Brücke“ im Reichswald bei Nürnberg stoppen und durch eine gewonnene Klage beim Bayerischen Verwaltungsgerichtshof eine Ortsumfahrung der B8 östlich von Seubersdorf im Landkreis Neumarkt verhindern.

Hier in Niederbayern gibt es zahlreiche Beispiele von Gewerbegebieten, vor allem im Isartal oder das BMW-Logistikzentrum bei Wallersdorf, die zeigen, wie schädlich es bereits heute ist, das Anbindegebot für Logistikzentren aufzugeben. Umso notwendiger ist es, die endgültige Aufgabe des Anbindegebots zu verhindern. Das geplante Gewerbegebiet Iggenbach an der A3 südöstlich von Deggendorf soll im Vorgriff auf das Fallen des Anbindegebotes durchgesetzt werden. Aktuell ist die Herausnahme aus dem Landschaftsschutzgebiet Bayerischer Wald beantragt und vom Kreistag mit nur wenigen Gegenstimmen zugestimmt worden. Niederbayern ist Spitzenreiter im Flächenfraß. Daher fordern wir den Stopp der B15 neu an der A92 bei Landshut/Essenbach. Für eine Entlastung des innerstädtischen Ziel- und Quellverkehrs ist die stadtferne Weiterleitung der B15 neu nicht geeignet. Stattdessen sind stadtnahe und innerstädtische Lösungen notwendig, um die Verkehrsengpässe der Stadt Landshut zu beseitigen. Der Widerstand der Bürger hat hier schon einiges bewirkt und wir können hier berechtigte Hoffnungen haben.

Ebenso sind wir gegen den 6-spurigen Ausbau der A3. Wir brauchen endlich eine effektive Verlagerung des Transit-LKW-Verkehrs auf die Schiene, sonst ist abzusehen, dass in Kürze auch der 6-spurige Ausbau nicht mehr ausreichend ist. Es braucht gerade in Ostbayern kräftige Investitionen in das Schienennetz: eingleisig von Landshut nach Plattling oder von München nach Passau und eine fehlende Schienenverbindung nach Tschechien sind keine zukunftsweisende Infrastruktur.

Während bei diesen wichtigen Schienenprojekten die Mittel fehlen, sind im Entwurf des **Bundesverkehrswegeplans** bei der Straße zahlreiche überdimensionierte Großprojekte sowie Wunschprojekte lokaler Abgeordneter enthalten. Mit dieser geplanten Straßenbauorgie können die Ziele zum Flächensparen und Klimaschutz und einer zukunftsfähigen Mobilität mit weniger Auto- und LKW-Verkehr nicht erreicht werden. Hier sind noch große Kraftanstrengungen unsererseits notwendig. Wir fordern von Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt und den Bundestagsabgeordneten, sich endlich von den Wunschplanungen zu verabschieden und den Bundesverkehrswegeplan-Entwurf nicht in Bedarfsgesetzen zu zementieren.

Erfolge

Wir konnten aber nicht nur im Bereich der Verhinderung von Straßen Erfolge feiern, sondern zum Beispiel auch 30 Jahre Rhönschafprojekt oder die Abschaltung des Kernkraftwerks Grafenrheinfeld am 27. Juni 2015. Durch ein gewonnenes Bürgerbegehren konnten wir das Pumpspeicherkraftwerk am Osser verhindern. Ein großer, noch ganz frischer Erfolg, für den sich unsere Kreisgruppe Schweinfurt sehr engagiert hat, ist, dass vor gut einer Woche der ehemalige US-Standortübungsplatz Brönnhof mit über 1.250 Hektar zur größten Naturerbefläche in Bayern ausgewiesen wurde. Im Oktober 2015 demonstrierten in Berlin in einer der größten Kundgebungen in der Geschichte der Bundesrepublik 250.000 Menschen gegen TTIP und CETA. Ein großartiger Erfolg, der auch Ihnen und Ihrer Mobilisierung in Bayern zu verdanken ist, denn dies und unzählige weitere Erfolge ist nur möglich durch Ihre Arbeit an der Basis. Mit 221.000 Mitgliedern und Förderern zum Jahreswechsel haben wir einen neuen Rekordstand erreicht, der auch Ihrem Engagement vor Ort zu verdanken ist und der entscheidend zu den soliden Finanzen des Verbandes beiträgt. Mit der Anzahl der Mitglieder wächst auch das politische und gesellschaftliche Gewicht des BN und nur Dank seiner vielen Unterstützer kann der BN als eine der wenigen Natur- und Umweltschutzorganisationen in Europa unabhängig von Sponsoring und Geldern aus der Politik bleiben. Unsere Unabhängigkeit und Unbestechlichkeit machen den BN zur geachteten und anerkannten Instanz in Sachen Natur und Umweltschutz. Dies zeigt auch, dass wir auf wachsende Unterstützung in der Gesellschaft stoßen. Die gewonnenen Bürgerbegehren haben wir teilweise mit 70-80% Mehrheit gegen die Planung der regierenden Politik gewonnen. Gegen TTIP und CETA demonstrieren wir mittlerweile in einem breiten Bündnis mit der Arbeitnehmerbewegung, der Sozialbewegung als auch mit der Kulturbewegung. Dieser Zuspruch der Gesellschaft sollte uns Ansporn sein, uns auch für mehr Demokratie einzusetzen – gerade auch auf Bundesebene und europäischer Ebene, um damit demokratische Mehrheiten durchzusetzen.

Es gibt noch etwas, was sehr Vielen von uns im vergangenen Jahr eine neue Motivation und Kraft gegeben hat. Eine weltweit geachtete Persönlichkeit hat mit klaren, überaus deutlichen Worten zu einem Lebensstil, der lebensfeindlich ist, letztlich unsere Verbandsziele unterstützt: Papst Franziskus hat als erstes Oberhaupt der katholischen Kirche eine **Umwelt-Enzyklika** verabschiedet. Diese Enzyklika „Laudato Si“ stellt eine Chance für uns dar, noch mehr Menschen als bisher zu erreichen, denn sie richtet sich an alle Menschen und nicht nur an Katholiken.

Und mit einem Mut machenden Zitat aus der Enzyklika möchte ich schließen: „Die Umwelt ist ein kollektives Gut, ein Erbe der gesamten Menschheit und eine Verantwortung für alle. Wenn sich jemand etwas aneignet, dann nur, um es zum Wohl aller zu verwalten. Wenn wir das nicht tun, belasten wir unser Gewissen damit, die Existenz der anderen zu leugnen.“